

**Im Wettbewerb um knappe Studienplätze:
Wie soziale Herkunft die Wahl zwischen zulassungsbeschränkten und
zulassungsfreien Studiengängen beeinflusst**

von Talke Cassing[†] und Florian Hertel[†] || † Europa-Universität Flensburg

In Deutschland ist der Übergang von der Schule ins Studium sowohl von sozialer Ungleichheit beim Hochschulabschluss (Schindler and Lörz 2012) als auch bei der Studienfachwahl (Reimer and Pollak 2010) geprägt. Diese Arbeit fokussiert auf die Rolle von Zulassungsverfahren als möglicher institutioneller Mechanismus zur Erklärung sozialer Ungleichheit bei der Studiengangwahl (Jackson 2021; Alon 2009). Wir integrieren Zulassungsverfahren in die Theorie rationaler Bildungsentscheidungen und prüfen empirisch die hiervon abgeleiteten Hypothesen über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und der Wahl zwischen zulassungsbeschränkten und zulassungsfreien Studiengängen in Deutschland.

Theoretischer Hintergrund

Die Theorie rationaler Bildungsentscheidungen führt soziale Ungleichheit beim Zugang zur Hochschulbildung und bei der Studienfachwahl auf risikoaverse Entscheidungen, ungleiche Verfügbarkeit von Ressourcen und unterschiedliche Erfolgserwartungen zurück (Breen und Goldthorpe 1997; Barone et al. 2021). Die Rolle der Zulassungsregeln im Entscheidungsprozess findet dabei keine explizite Beachtung, weshalb in empirischen Studien institutionelle Effekte nicht von individuellen Entscheidungen zu trennen sind. Indem wir die Zulassungsverfahren mit Kosten, Nutzen und Erfolgswahrscheinlichkeit in Verbindung bringen, modellieren wir explizit wie institutionelle Selektionsprozesse auf individuelle Entscheidungsprozesse wirken können. Dies erlaubt ein umfassenderes Verständnis von Bildungsungleichheiten sowie die Aufstellung von Hypothesen über die Wirkungsmechanismen von Zulassungsverfahren.

Daten

Im empirischen Teil der Arbeit wird untersucht, ob die soziale Herkunft mit der Wahl der Studiengangart (d.h. zulassungsbeschränkt oder zulassungsfrei) zusammenhängt. Wir testen die Hypothese, dass sich Personen aus privilegierten sozialen Schichten eher für zulassungsbeschränkte Studiengänge entscheiden als andere Gruppen, da sie sich aufgrund ihrer Ressourcenausstattung häufiger im Wettbewerb um die begrenzten Plätze durchsetzen können. Für die Analysen verwenden wir zum einen Individualdaten aus den DZHW-Studienberechtigtenpanels. Sie beinhalten Informationen zu den Schulabgänger:innen wie dem Bildungsabschluss und Beruf der Eltern, dem Notendurchschnitt, dem Studienwunsch im

letzten Schuljahr sowie der tatsächlichen Studienfachwahl. Diese Daten werden um Informationen über die Zulassungsverfahren der gewählten Studiengänge erweitert. Dieser innovative ACCESS-Datensatz ermöglicht es, die Einflussfaktoren auf die Wahl eines zulassungsbeschränkten oder zulassungsfreien Studiengangs der befragten Studierenden zu untersuchen.

Methodisches Vorgehen

Um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Studienwahl zu schätzen, werden die Daten mit einem Mehrebenenmodell analysiert, das aus zwei Ebenen besteht: der Ebene der Studierenden und der Ebene der Studienbereiche, in denen die Befragten studieren. Durch die Modellierung kann der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Studiengangwahl unabhängig von der Wettbewerbssituation im Studienbereich geschätzt werden. Die abhängige Variable ist die gewählte Studiengangart, die auf die soziale Herkunft, operationalisiert durch den Bildungsabschluss und die berufliche Stellung der Eltern, regressiert wird. Zudem wird überprüft, inwieweit sich der soziale Herkunftseffekt durch akademische Leistung erklären lässt und ob die Wettbewerbsintensität in den Studienbereichen Auswirkungen auf die Stärke des Herkunftseffekt hat.

Thematische Zuordnung

Wir schlagen vor, unserer Arbeit dem ersten Themenschwerpunkt und insbesondere der *Forschung zu Gestaltungsfragen in der Hochschulpolitik* zuzuordnen. Die aktuelle Forschungslage zur Rolle von Zulassungsverfahren bei der Reproduktion von Bildungsungleichheit ist begrenzt (Finger 2022a; Finger 2022b), weshalb die Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung von evidenzbasierter Hochschul- bzw. Zulassungspolitik leisten kann.